

## **Linksfraktion Duisburg begrüßt Angebote des LVR für Flüchtlinge**

17. Dezember 2014

Der Landschaftsverband Rheinland macht eine Reihe von Angeboten als Beitrag zur Unterstützung der Kommunen bei der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen. Mit dem Landesjugendamt, dem Klinikverbund, aber auch als überregionaler Immobilienträger hat der LVR Kompetenzen und Möglichkeiten, die jetzt ausdrücklich zur Unterstützung der Hilfebedürftigen angeboten werden.

„In Anbetracht der großen Probleme der Kommunen Flüchtlinge adäquat zu versorgen, begrüßt die Linksfraktion Duisburg die auf Schnelligkeit und wenig Bürokratie angelegten Maßnahmen des Landschaftsverbandes ausdrücklich“, so Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion Duisburg.

Ammann-Hilberath ergänzt: „Insbesondere die Anregung sowohl durch LVR eigene Mittel als auch durch Ländermittel die Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu verbessern ist ein positives Signal. Des Weiteren ist die Unterstützung seitens des LVR im medizinischen Bereich positiv anzumerken. Insbesondere die Erstgespräche in der jeweiligen Muttersprache und die Bereitstellung von LVR Haushaltsmitteln zur Intensivierung der medizinischen Behandlungen sind Schritte in die richtige Richtung. Als rheinlandweiter Immobilienträger stellt der LVR leer stehende Flächen, die als Wohnraum genutzt werden können, zur Flüchtlingsunterbringung zur Verfügung und kann somit einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Kommunen leisten.“

Darüber hinaus erklärt Martina Ammann-Hilberath: „Die Kommunen in NRW sehen sich momentan enormen sozialen und finanziellen Herausforderungen gegenüber. Sie sind verantwortlich für die Unterkunft, die Betreuung und die Versorgung von Flüchtlingen und stoßen aufgrund der steigenden Anzahl von Flüchtlingen an ihre personellen und finanziellen Grenzen. Eine menschenwürdige Unterbringung in Wohnungen, ausreichende medizinische Versorgung, Teilhabe an der schulischen Bildung, Integration in die Gesellschaft, Planungssicherheit und Zukunftsperspektiven müssen Mindeststandards sein, denen sich alle Ebenen verpflichten sollten. Diese Mindeststandards sind jedoch von Kommunen alleine nicht bereitzustellen und es bedarf hier der finanziellen und personellen Unterstützung.“

Ammann-Hilberath ergänzt: „Gerade der Bund, aber auch die Länder entziehen sich ihrer Verantwortung und lassen die Kommunen, als schwächste Glieder in der Kette, oftmals im Stich. Nach den positiven Signalen vom LVR müssen Länder und Bund nachziehen. Vor dem Hintergrund der wachsenden Anforderungen können sie die Kommunen nicht weiter mit ihren Problemen alleine lassen.“

Abschließend fordert Ammann-Hilberath: „Um die Angebote des LVR schnellstmöglich nutzen zu können erwarten wir von der Stadt, dass dem LVR die konkreten Bedarfe vor Ort dargestellt werden.“

**BM Kocalar zufrieden vom Deutschen Städtetag zurück**

01. Dezember 2014

In ihrer gestrigen Sitzung wählte die Gesamtfraktion der LINKEN Martina Ammann-Hilberath mit großer Mehrheit zur neuen Vorsitzenden. Sie löst damit den langjährig aktiven Fraktionssprecher Hermann Dierkes ab. Zur Ruhe setzt sich Ratsherr Dierkes nicht. Als neuer stellvertretender Vorsitzender wird er auch weiterhin seine Erfahrungen und Ideen einbringen.

Bürgermeister Erkan Kocalar bedankte sich im Namen der Gesamtfraktion für die gute und erfolgreiche Zusammenarbeit. Er erinnerte an die unterschiedlichen politischen Bedingungen, unter denen die LINKE bzw. ihre Vorläuferorganisation in Rat und Bezirksvertretungen aktiv war und ist. Sei es in der Opposition oder heute in einer rot-rot-grünen Kooperation, durch die Hermann Dierkes die Fraktion sicher geleitet hat. Kocalar: „Eine solche erfolgreiche Arbeit funktioniert nur auf der Basis von Vertrauen und Zusammenarbeit.“ Hermann Dierkes betonte in seiner Rede, dass er mit 13 Jahren der im Rat am längsten amtierende Fraktionsvorsitzende ist und es an der Zeit sei, der Öffentlichkeit „neue Gesichter“ zu präsentieren und mit Martina Ammann einer kompetenten Ratsfrau ihre Chance zu geben.

Der Wechsel wird Mitte März erfolgen, wenn Ratsfrau Ammann eine Weiterbildungsmaßnahme beendet haben wird. Martina Ammann: „Ich bin mir über die Herausforderung im Klaren und froh, erfahrene Genossinnen und Genossen an meiner Seite zu haben.“

Als neuer Beisitzer im Fraktionsvorstand wurde der Meidericher Bezirksvertreter Kenan İlhan ebenfalls mit großer Mehrheit gewählt.

**Aufwandsentschädigung für Aufsichtsräte**

12. November 2014

In der nächsten Ratssitzung steht eine Neufestsetzung der Aufwandsentschädigung für die Aufsichtsräte der kommunalen Gesellschaft der Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (DVV) und damit auch der Duisburger Stadtwerke (SWDU) und der Duisburger Verkehrsgesellschaft (DVG) an.

Dazu nimmt die Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion Stellung:

„Die Kürzungs- und Streichungsmaßnahmen im Haushalt 2015 zeigen deutlich die ganze Hilflosigkeit der Verwaltung die finanziellen Löcher zu stopfen. Andererseits sollen erhöhte Aufwandsentschädigungen aus den kommunalen Unternehmen an die Aufsichtsräte fließen. Das ist nicht nachvollziehbar. Wir werden im Rat beantragen, die geplanten Aufwandsentschädigungen um 1/3 zu kürzen.“

Ursache für die schwierige Lage der genannten kommunalen Gesellschaften sieht die Linksfraktion in den Entscheidungen der Bundesregierung. Die sog. Energiewende stürzt die Stadtwerke in eine finanzielle Katastrophe, über den finanziellen Querverbund mit der DVG wird damit auch der öffentliche Nahverkehr gefährdet. „Das bedeute durchaus, dass Aufsichtsräte eine große Verantwortung tragen, auch dass sich erhöhte Anforderungen an die Aufsichtsräte stellen – aber werden sie dem nur dann gerecht, wenn die Aufwandsentschädigungen erhöht werden?“ fragt sich die Linksfraktion.

**Kommunale Spitzengehälter begrenzen**

11. November 2014

„Für die Vergütung von Vorständen, Geschäftsführern und Managern im kommunalen Bereich muss es eine klare Grenze geben.“ Martina Ammann-Hilberath, Vorsitzende der Linksfraktion. „Nicht nur die Gemeinwohlorientierung kommunaler Unternehmen widersprechen übermäßige Vorstandsbezüge, auch die Bürgerinnen und Bürger haben wenig Verständnis dafür angesichts der leeren öffentlichen Kassen.“

Die Linksfraktion will eine klare Grenze für die Vergütung von Vorständen und Geschäftsführern ziehen. Ein Jahresverdienst von 300.000 Euro, was in etwa der Vergütung der Bundeskanzlerin entspricht, sollte dabei die Grenzmarke sein. Ein entsprechender Antrag wird dem Rat zur nächsten Sitzung vorgelegt.

„Bonuszahlungen sollten spätestens seit der Finanzkrise insbesondere für kommunale Unternehmen ein tabu sein und bei einer zukünftigen Vertragsgestaltung ausgeschlossen werden,“ so Martina Ammann-Hilberath. „In der letzten Wahlperiode wurden bereits erste Schritte unternommen, um den Trend in immer mehr und immer teureren Managern zu unterbrechen. So sind z.B. sind heute die Aufwendungen für die Vorstandsetage bei der DVV und bei der Gebag bereits erheblich unter den vorherigen Stand.“

**Streichkonzert abgesagt**

04. November 2014

Am letzten Wochenende hat die Linksfraktion nach eingehender Beratung die große Mehrheit der vorgelegten Streich- und Kürzungsliste der Verwaltung zum Haushalt 2015 abgelehnt. „Die Maßnahmen sind weder sozial ausgewogen noch zukunftsweisend“, so Martina Ammann-Hilberath, Vorsitzende der Linksfraktion nach der Haushaltsklausur.

Die Ratsfraktion DIE LINKE hat in den vergangenen Jahren mit viel Energie und Mühen einen Haushaltssanierungsplan in der rot-rot-grünen Kooperation erarbeitet, der gerade die Kürzungen in Bereich der kommunalen Daseinsvorsorge verhinderte, die jetzt wieder auf der Tagesordnung stehen.

„Die Kürzungen bzw. Streichungen von Maßnahmen, wie sie vorgelegt wurden, machen keinen Sinn. Wer zum Beispiel bei wichtigen Integrationsmaßnahmen, wie Sprachförderung, spart, dem fällt das Ergebnis früher oder später auf die Füße. Das gleiche gilt für die Schließung von Jugendzentren und erst recht für die Schließung von Stadtteilbibliotheken. Diese Liste lässt sich mit vielen Maßnahmen fortsetzen. Das kurzfristige Sparen an sozialer und kultureller Infrastruktur wird mittel- und langfristig teurer werden und zu einem Verlust der Attraktivität der Stadt führen.“

Das Durchschnittseinkommen der Duisburger Bevölkerung liegt am unteren Ende im Vergleich aller Großstädte der alten Bundesländer. Das ist bitter für einen großen Teil derjenigen, die hier leben. Nicht einsehbar ist aber, dass sie trotz allem auch noch erhöhte Gebühren für beispielsweise Kindertagesstätten oder für VHS und Stadtbibliothek zahlen sollen.

Nicht nachvollziehbar sind auch die hohen Kürzungen im Bereich der Erstattung der Kosten der Unterkunft bei gleichbleibender hohen Zahl von Langzeiterwerbslosen. Hier darf nicht gekürzt werden sondern es muss Geld in die Hand genommen werden um Zukunftsperspektiven zu eröffnen.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen der Verwaltung, die auch von der Linksfraktion getragen werden können, werden nach der heutigen Datenlage nicht ausreichen, um die finanzielle Lücke im Haushaltssanierungsplan zu schließen. Gewissheit werden letztlich die aktuellen Zahlen bringen, die der Kämmerer am 17.11.14 präsentieren will.“

Eine Lösung der kommunalen Finanzkrise werden die hochverschuldeten Städte und Gemeinden nicht über hilflose Streichkonzerte aller sog. freiwilligen Leistungen erreichen. Die Kommunen brauchen eine solide finanzielle Basis zur Bewältigung ihrer gesetzlichen Aufgaben. Dazu muss der kommunale Anteil an den staatlichen Gesamtsteuereinnahmen deutlich erhöht werden.

## **Linksfraktion fordert Transparenz bei den Managerbezügen städtischer Unternehmen**

29. Oktober 2014

Die Diskussion über die Geschäftsführerbezüge städtischer Unternehmen und Beteiligungen dauert an. Die Linksfraktion fordert nun mehr Transparenz. Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende:

„Wir werden im Rat beantragen, dass der OB einmal jährlich eine Übersicht veröffentlicht, aus der die Bezüge der Geschäftsführer und Vorstände städtischer Unternehmen, ihre Entwicklung und die Anzahl der Vorstandsmitglieder im Vorjahresvergleich ersichtlich ist.

Rechtlich sind etliche von ihnen inzwischen ohnehin gehalten, dies zu tun. Deshalb sollte eine Veröffentlichung auch geschehen. Für die Öffentlichkeit wäre eine solche Übersicht einfacher nachzuvollziehen. Das kommunalpolitisch so wichtige Thema käme heraus aus dem Bereich von Spekulation, Unvollständigkeit und „Enthüllung“. Die Debatte könnte - auch hinsichtlich der Angemessenheit der Bezüge hinsichtlich Aufgaben, Verantwortung und Branchenüblichkeit - enorm versachlicht werden.“

Ammann-Hilberath weiter: „Duisburger BürgerInnen haben ein Recht auf solche Informationen, gerade in Zeiten knapper Kassen, ausbleibender Dividenden und weiterer Haushaltskürzungen.“

## **DIE LINKE beobachtet Flüchtlingsunterbringung vor Ort**

24. Oktober 2014

Die Landesregierung NRW lag im Vergleich aller Bundesländer bei der Kostenerstattung für die Unterbringung von Flüchtlingen am unteren Ende. Das Ergebnis des Flüchtlingsgipfels in NRW, die Pauschalen für die Unterbringung von Flüchtlingen um 25 Prozent bzw. landesweit um 40 Mio. Euro zu erhöhen, kann daher nur begrüßt werden. „Beschämend bleibt, dass erst nach den skandalösen Misshandlungen von Flüchtlingen ein solcher Gipfel überhaupt zu Stande kam, „ so Lukas Hirtz, Kreissprecher der LINKEN Duisburg.

DIE LINKE Duisburg hofft, dass das zusätzliche Geld auch den Betroffenen zugutekommt und die Lebenssituation der Flüchtlinge verbessert wird.

Martina Ammann-Hilberath, Vorsitzende der Linksfraktion in Duisburg: „Der Einsatz einer Ombudsperson hat daher für uns eine große Bedeutung. Wir brauchen Transparenz über die Lebensbedingungen in den Einrichtungen und vor allem eine Beschwerdemöglichkeit, damit sich Zustände, in denen Menschen misshandelt werden, gar nicht erst entwickeln. Das Zugeständnis der Landesregierung an die Flüchtlingsinitiativen, dezentrale Beschwerdestellen einzurichten, muss jetzt auch zügig in Duisburg umgesetzt werden.“

„Wir hoffen, dass die öffentliche Wahrnehmung der Flüchtlingsproblematik auch dazu führt, dass die europäische Abschottungspolitik im Mittelmehr überdacht wird,“ so Lukas Hirtz. Die teils miserable Unterbringung von Flüchtlingen, Gewalt und Erniedrigung ist nur eine Seite des Skandals und kann verhindert werden. Auf der anderen Seite stehen hunderte Menschen, die jährlich im Mittelmeer auf der Flucht ertrinken. Das muss ein Ende haben.“

## **Kürzungskurs trotz erhöhter Landeszuweisungen für LINKE unverständlich**

17. Oktober 2014

„Der sogenannte Stadtstärkungspakt stellt für die Kommunen in NRW nur einen Tropfen auf den heißen Stein dar. Jetzt hat Duisburg, durch die erhöhten Landeszuweisungen, die Chance einer weiteren Erosion zu entgehen. Da ist es fahrlässig, wenn die neuerliche Tränenliste aufrecht erhalten wird. Das Gemeinwesen pfeift aus dem letzten Loch, weitere Kürzungen führen zum Kollaps. Wollen, ja können wir es uns, trotz erhöhten Zuwendungen seitens des Landes, leisten, die Sozialaufgaben, wie Jugend, Kultur, Sport und Bildung, aufs Spiel zu setzen? DIE LINKE sagt nein: Gemeinden und Kreise sind für elementare Aufgaben da. Sie sichern den Lebensunterhalt derer, die kein anderes Sozialsystem auffängt. Bei den KdU darf es keine Kürzungen zu Lasten der Empfänger geben. Kommunen finanzieren – immer noch – den größeren Teil der öffentlichen Investitionen und sind damit ein wichtiger Wirtschaftsfaktor“, widersprechen Erkan Kocalar, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion Duisburg und Lukas Hirtz, Sprecher der Duisburger LINKE, dem Stadtkämmerer.

„Wie ein Land seine Kommunen finanziell ausstattet, sagt viel darüber aus, welche Bedeutung sie der örtlichen Gemeinschaft und den öffentlichen Aufgaben zumisst. Duisburg erhält mehr Geld vom Land. Mit 478 Millionen Euro übersteigen die Schlüsselzuweisungen des Landes die erwartete Zahlung, in Höhe von 470 Millionen Euro, deutlich. Somit wäre es möglich und politisch richtig, soziale und kulturelle Sparmaßnahmen, wie die Schließung von Bädern und Büchereien, zu vermeiden, um die soziale Stadt zu stärken. Es ist unverantwortlich, trotz erhöhter Einnahmen, am Sozialabbau festzuhalten. Jetzt ist die Politik in Duisburg gefragt, einen Haushalt 2015 zu verabschieden, der Sozial, Demokratisch und Ökologisch ist“, ergänzt Erkan Kocalar.

Nicht zuletzt gilt die lokale Demokratie als elementar für unser politisches System. Setzt die Kommune, trotz erhöhten finanziellen Spielraums auf Sparkurs, so höhlt dies das Verfassungsgut der kommunalen Selbstverwaltung aus und trägt zur Politikverdrossenheit bei, so die Linken, die weiterhin auf eine Vermögenssteuer bestehen, um die städtischen Angebote zu verbessern.

## **Die städtischen Gesellschaften müssen ihren Beitrag zum Haushalt leisten**

17. Oktober 2014

Die Jahresgehälter der Vorstände und Geschäftsführer der städtischen Tochtergesellschaften beliefen sich, im Jahr 2013, auf insgesamt 6,5 Millionen Euro. Im Gegensatz zum Vorjahr entspricht dies einer fast zehnpromzentigen Steigerung. Vor dem Hintergrund der Sparmaßnahmen im kommenden Stadthaushalt sind diese Bezüge für Normalverdiener nicht mehr vermittelbar, erklären die Duisburger LINKEn.

„DIE LINKE. Duisburg wird diese Fehlentwicklung nicht hinnehmen und spricht sich für eine Restrukturierung der städtischen Gesellschaften aus. Insbesondere bei der maßlosen Steigerung der Bezüge muss gegengesteuert werden. Außerdem sind die städtischen Gesellschaften, im Rahmen ihrer Möglichkeiten, dazu zu verpflichten mehr Geld an die Stadt abzuführen, um somit ihren Beitrag zur Konsolidierung des Haushaltes mitzutragen“, so Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion.

Die kommunale Finanzsituation nachhaltig und dauerhaft zu verbessern, muss natürlich weiterhin eine der größten Herausforderungen für die Politik des Bundes und der Länder sein und wird schon seit Jahren vom Hauptausschuss des Deutschen Städtetages gefordert.

„Die Übertragung von Aufgaben und Lasten auf die kommunale Ebene ohne auskömmlichen finanziellen Ausgleich, insbesondere bei den sogenannten Soziallasten hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass sich immer mehr Kommunen gezwungen sehen, notwendige Investitionen zurückzustellen und freiwillige Leistungen auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Viele Städte und Gemeinden fühlen sich in der Vergeblichkeitsfalle, auch Duisburg. Leidtragende dieser Entwicklung sind die Bürgerinnen und Bürger. Städte, Gemeinden und Kreise stehen zu ihrer sozialen Verantwortung. Sie sind aber außerstande, die explodierenden Soziallasten weiterhin zu schultern. Nur durch eine grundlegende Neuregelung der Lastenverteilung zwischen den staatlichen Ebenen kann der Abbau des Finanzierungsdefizits mit dem Ziel des Haushaltsausgleichs bei den Kommunen gelingen“, so Erkan Kocalar, Bürgermeister der Stadt Duisburg und Mitglied des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages.

„Dieser Haushalt zeigt, wie falsch die Politik in den letzten Jahrzehnten lag. Personalabbau und Privatisierungen kommen der Stadt nun teuer zu stehen. So kann die Stadt Millionengelder nicht abrufen, weil sie zu wenig Personal hat. Statt Menschen in Lohn und Brot zu bringen, wird im Haushalt aber vorgeschlagen, den Ärmsten noch weiter die Unterstützung zu kürzen. Wir werden nicht hinnehmen, dass durch irgendwelche Tricks zu Lasten der ALG II-Empfänger bei den Kosten der Unterkunft gespart wird“, ergänzt Lukas Hirtz, Sprecher der Duisburger LINKEn.

## **Kürzungsorgien im kommenden Stadthaushalt sind nicht hinnehmbar**

14. Oktober 2014

„Schließung von vier Bädern und vier Jugendzentren, Aus für die Verbraucherzentrale. Aus für die Festivals „Traumzeit“ und „Akzente“, Höhere Gebühren bei Kitas, Stadtranderholung, Musik- und Kunstschule oder Stadtbibliothek, Streichung der Sprachförderung, Schließung von Stadtteilbüchereien.

Diese und weitere geplante Kürzungen im Kommunalhaushalt wird DIE LINKE Duisburg nicht hinnehmen“, erklären Martina Ammann, Vorsitzende der Duisburg Linksfraktion und Lukas Hirtz, Sprecher der Duisburger Linkspartei.

Lukas Hirtz fügt hinzu: „Ich war mit vielen Homberger Bürgerinnen und Bürgern Monate lang aktiv, um das Freibad Homberg zu retten. Jetzt soll alles umsonst gewesen sein? Das geht gar nicht. Die geplanten Kürzungsorgien sind nicht hinnehmbar. Während die CDU/SPD Regierung ungeniert für weitere Milliarden Ausgaben zur Aufrüstung der Bundeswehr trommelt und gleichzeitig die Schere zwischen Armut und Reichtum wächst, sollen die Kommunen nackt gemacht werden. Ein Unding! DIE LINKE Duisburg ruft die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zum energischen Widerstand auf.“

## **Kenan Ilhan als stellvertretender Vorsitzender im Integrationsrat gewählt**

21. September 2014

„In der heutigen Sitzung des Integrationsrats wurde Kenan Ilhan, Liste DIE LINKE/International, zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Kenan Ilhan ist seit vielen Jahren gewerkschaftspolitisch im Vorstand der IG Metall aktiv und hat auch dort bereits einige Initiativen im Integrationsausschuss gestartet.

„Mein Ziel ist es, den Gedanken einer inklusiven Gesellschaft – eine Gesellschaft, die niemanden ausschließt, ausgrenzt oder an den Rand drängt - in den Integrationsrat einzubringen als Fortentwicklung der integrativen Kommunalpolitik, „ so Kenan Ilhan. „Dazu müssen noch einige Diskussionen geführt und Initiativen gestartet werden um diese Politik mit Leben zu füllen.“

Die derzeitige Migration aus verschiedenen Krisenregionen dieser Welt, wird eine besondere Herausforderung für die nächsten 6 Jahre sein. Ständige Konferenzen – nach dem Muster der Integrationskonferenz im Jahr 2006 in Duisburg - wäre eine Möglichkeit sich den vielen Problemen zu nähern.

## **Zeltdorf für Flüchtlinge: jeder Tag ist einer zu viel**

25. August 2014

„Die Flüchtlinge, die hier in unserer Stadt ankommen, haben viel Leid erfahren und müssen angemessen und nachhaltig unterstützt werden. Ein Zeltdorf ist auch als vorübergehende Lösung ein Armutszeugnis.“

Nicht nur Bürger und Bürgerinnen sind empört über die Entscheidung, etwa 100 Flüchtlinge in Zelten unterzubringen. Auch Verbände und kirchliche Träger – als Besserwisser beschimpft – können diese Politik nicht nachvollziehen.

„Wir können eine Überforderung der Verwaltung nachvollziehen, wir können aber nicht akzeptieren, dass sich die Verwaltungsspitze nicht hilfeschend an die sozialpolitische Akteure wie Verbände und kirchliche Einrichtungen gewendet hat. Stattdessen entscheidet sie – wie so oft – im Alleingang. Wir sind sicher, für eine kurzfristige vorübergehende Unterbringung hätte es andere Lösungen gegeben.“

**Duisburg braucht mehr finanzielle Unterstützung**

06. August 2014

Zur verhängten Haushaltssperre des Duisburger Kämmerers übt die Ratsfraktion DIE LINKE heftige Kritik. "Ein 8-Millionen-Euro-Haushaltsloch entdeckt man nicht plötzlich." Die Fraktionsvorsitzende Martina Ammann-Hilberath und Ratsfrau Carmen Hornung-Jahn – Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss - hätten sich frühzeitig entsprechende Informationen gewünscht.

„Wir sind uns der verantwortungsvollen Aufgabe eines Kämmerers bewusst, eine informative Darstellung der finanziellen Lage sollte jedoch zu den demokratischen Gepflogenheiten gehören, um eine Haushaltssperre für die Politik nachvollziehen zu machen. Es ist schließlich die Aufgabe der MandatsträgerInnen, die kommunale Aufgabenerledigung sicherzustellen. Wir erwarten künftig eine kontinuierliche Kostenkontrolle der städtischen Beteiligungsunternehmen, um frühzeitig gegensteuern zu können und rote Zahlen in den Jahresabschlüssen zu vermeiden. Die ausstehenden Forderungen der Stadt z.B. für Rettungsfahrten und Krankentransporte sollten jetzt schnellstens bearbeitet und eingefordert werden. Wir begrüßen auch den Vorschlag zur Einführung einer Steuer auf Wettbüros.“

„Uns war klar, dass die gebrochenen Versprechungen der großen Koalition in Berlin nicht spurlos an Duisburg und anderen Kommunen vorübergehen werden, sind jedoch überrascht, dass uns die finanzielle Entwicklung bereits im Sommer 2014 einholt.“

Nicht nur der NRW-Innenminister, auch zahlreiche SPD-Fraktionschefs hatten bereits im März 2014 gefordert, dass die versprochene Milliarden-Entlastung für die Eingliederung von behinderten Menschen möglichst ab 2015 bei den Kommunen ankommt. Diese Proteste wurden vom Bundesfinanzminister wahrscheinlich als Sturm im Wasserglas abgetan; jedenfalls soll vor 2018 nichts passieren und bei SPD und CDU herrscht weiterhin gute Stimmung.

"Die Stadt hat hohe Kosten insbesondere im sozialen Bereich und bei der Umsetzung der Integrationsprojekte. Duisburg kann diese finanzielle Belastung nicht allein aus eigener Kraft stemmen. Bund und Land müssen Städte wie Duisburg stärker unterstützen“.

Die Linksfraktion fordert eine verbesserte Ausstattung der Kommunen durch eine gerechtere Steuerpolitik .

"Wir haben die Resolution zur Einführung einer Vermögenssteuer in den Rat eingebracht. Höhere Steuereinnahmen des Bundes würden auch zur stärkeren Unterstützung der Kommunen führen. Wir möchten, dass die Stadt Duisburg lebenswert bleibt. Um Sport-, Freizeit- und Kulturangebote aufrecht zu erhalten, braucht Duisburg mehr Einnahmen. Bei den anstehenden Entscheidungen in der nächsten Haushaltsdebatte werden wir die Vorschläge der Verwaltung sehr kritisch prüfen. Soziale Kahlschläge sind mit uns nicht zu machen."



## **Schließung der Häuser in den Peschen allein ist keine Lösung**

17. Juli 2014

Die Wohn- und Lebenssituation der BewohnerInnen der Häuser in den Peschen ist seit langem unerträglich und aktuell ohne Stromversorgung insbesondere für Kinder gesundheitsgefährdend. Zur jetzt erklärten Unbewohnbarkeit der Wohnungen seitens der Verwaltung nimmt die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Martina Ammann-Hilberath, Stellung:

„Die Schließung der Häuser aufgrund des derzeitigen Zustands ist richtig, jetzt ist aber weiteres Handeln gefragt. Die bisherigen Maßnahmen und Projekte wie Vorbereitungsklassen, Jugendkulturarbeit und Gesundheitsmaßnahmen zeigen erste Erfolge, die nicht einfach aufs Spiel gesetzt werden dürfen.

Bildung ist die wichtigste Voraussetzung für ein eigenständiges Leben. Die bisherige Bildungsbiografie der dort lebenden Kinder wurde häufig unterbrochen, daher ist es wichtig, dass die Familien möglichst im Umfeld ihrer Schule bleiben um den Anschluss an ihre schulische Bildung nicht zu verlieren.

Der Hinweis, auf 10.000 leerstehende Wohnungen in Duisburg ist da wenig hilfreich. Die Familien brauchen bei der Wohnungssuche entsprechende Unterstützung der Verwaltung. Alleine der „Makel“ aus den sog. Problemhäusern zu kommen, macht es fast unmöglich individuell eine neue Wohnung zu finden.

## **Rechtsextreme Ratsmitglieder sichern sich Hand in Hand Plätze in den Aufsichtsräten**

03. Juli 2014

„Die Partei Alternative für Deutschland“ (AfD) demaskierte sich bereits in der 2. Ratssitzung,“ stellte Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der LINKEN ernüchternd fest.

„Vor der Wahl distanzieren sich die AfD noch von rechtsextremen und neonazistisch orientierten Parteien, nach der Wahl unterstützen sich AfD, pro nrw und NPD im Duisburger Rat gegenseitig und mit Erfolg. Sie sitzen zukünftig in fast allen Aufsichtsräten städtischer Gesellschaften und weiteren Sondergremien.“

Unter dem Deckmantel der geheimen Wahl, beantragt von pro nrw, spielten sich AfD und pro nrw die Bälle zu mit Unterstützung der NPD Ratsfrau. Mal wurden die KandidatInnen der einen Partei, mal die der anderen unterstützt. Die Absprache zwischen NPD, pro nrw und AfD verlief reibungslos, konkurrierend traten sie nicht auf. Die AfD hat sich damit ins Spektrum der rechtsextremen Parteien als Wolf im Schafspelz eingeordnet.

„Wenn der ‚Duisburger Konsens gegen Rechts: Wir alle sind Duisburg‘ kein Papiertiger werden soll, wird man sich zukünftig auf diese Zusammenarbeit einrichten und entsprechend reagieren müssen. Dieser Wahlerfolg der Rechten hätte verhindert werden können“ so Martina Ammann-Hilberath. „Im Dortmunder Stadtrat z.B. gibt es einen engen Zusammenhalt der anderen Fraktionen gegenüber den rechtsextremen Ratsmitgliedern. Ein solches Zusammenstehen wünschen wir uns für die Zukunft auch hier in Duisburg. Wichtig ist aber auch, dass die Duisburger Stadtgesellschaft reagiert. Nur mit breiter gesellschaftlicher Unterstützung kann der Widerstand gegen die menschenverachtende Politik der rechtsextremen Parteien aufrechterhalten werden.“

## **Grundversorgung von Kindern in Häusern "In den Peschen" muss sichergestellt werden**

13. Juni 2014

Eine schnellstmögliche Lösung zur Stromversorgung für Familien der Häuser „In den Peschen“ fordert die Ratsfraktion der Duisburger Linken. Die kinder- und jugendpolitische Sprecherin M. Ammann-Hilberath nimmt Stellung:

Martina Ammann-Hilberath

„Nach unseren Informationen leben in den Wohnungen viele Familien mit Säuglingen und Kleinkindern. Ihnen den Strom abzusperren halten wir für unverantwortlich und gesundheitsgefährdend. Wir erwarten eine sofortige Regelung zur Aufhebung der Stromsperrungen, die die Grundversorgung von Kindern u.a. mit warmem Wasser und Kühlmöglichkeiten für Babynahrung sicherstellt.“

Die linke Ratsfraktion unterstützt die Aktivitäten des Runden Tisches in Rheinhausen, die mit Projekten wie „Bathalo“ erste Kontakte zu den Familien aufbauen konnte. „In unseren Gesprächen mit Sozialarbeitern und in der Rheinhausener Nachbarschaft wurde uns bestätigt, dass die Familien an den Integrationsprojekten ein großes Interesse haben. Auch deshalb muss jetzt eine unbürokratische Lösung nicht nur für die Stromversorgung gefunden werden. Die Menschen leben dort in unwürdigen Verhältnissen und brauchen bezahlbare Unterkünfte. Mit der Bereitstellung von Wohnungen hat die Stadt erste Schritte gemacht. Jetzt müssen weitere Initiativen gestartet werden.“

## **LINKE hat Fraktionsvorstand gewählt**

30. Mai 2014

Am Mittwoch haben die neu gewählten Ratsmitglieder unter Mitwirkung der gewählten Bezirksvertreter ihren neuen Fraktionsvorstand gewählt. Fraktionsgeschäftsführerin Ute Abraham: „Das Ergebnis zeigt, die Linksfraktion bleibt zuverlässig und politisch stabil. Einstimmig wurden Martina Ammann-Hilberath zur Fraktionsvorsitzenden und Erkan Kocalar zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt.“

Die Linksfraktion startet mit 6 Ratsmitgliedern in die nächste Wahlperiode. In zwei Wochen werden sich die Neugewählten auf einer Klausur beraten. Rf Ammann-Hilberath: „Wir werden über unsere Schwerpunkte in der nächsten Zeit diskutieren, aber auch, wie wir mit dem Einzug von NPD, ProNRW und AFG umgehen werden. Wir stimmen mit dem DGB überein, dass es keinerlei politische Tolerierung und Zusammenarbeit geben darf.“

Erkan Kocalar: „Die soziale Spaltung der Duisburger Stadtgesellschaft ist unübersehbar. Hier müssen der Bund und das Land die Stadt entlasten. Ich hoffe, dass bei den Kooperationsverhandlungen, die die SPD führen wird, die bisherige Linie, keine Sozialschweineereien und kein Ausverkauf von städtischen Eigentum das Ziel ist.“

## 4,2 Millionen Euro Kindern und Jugendlichen vorenthalten

13. Mai 2014

„Durch die Rückzahlung von 4,2 Millionen Euro aus dem Bildungs- und Teilhabepaket im Jahr 2012 an die Bundesregierung werden Kinder- und Jugendliche um einen Teil ihres Existenzminimums betrogen“, so Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion und jugendpolitische Sprecherin.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung wurde im Jahr 2010 durch das Bundesverfassungsgericht gezwungen, den Regelbedarf für Kinder und Jugendliche neu zu berechnen. Das Hohe Gericht stellte fest, dass der bisher ausgezahlte Regelbedarf zu niedrig war, um Kindern und Jugendlichen angemessene Bildungs- und Teilhabechancen zu ermöglichen. Aus Misstrauen gegen die Eltern wurde ein bürokratisches Monster geboren, das Bildungs- und Teilhabepaket. Die Leidtragenden sind Kinder und Jugendliche.

„Die Fehler, die durch das Bildungs- und Teilhabepaket entstanden sind, können weder von der Verwaltung noch von den Schulen und Vereinen ausgeglichen werden. Das Bildungs- und Teilhabepaket muss grundsätzlich überarbeitet werden. Die bisherige Praxis führt zu einer Unterdeckung des Existenzminimums vieler Kinder und Jugendlicher und enthält ihnen verfassungsrechtliche Leistungen vor. Die Forderungen von 4,2 Millionen gehören nicht in den Haushalt der Bundesregierung sondern in die leeren Geldbeutel der Erziehungsberechtigten. Als städtische Mittel sollten sie aber in Kinder- und Jugendprojekte fließen“, fordert RF Ammann-Hilberath.

Was die schwarz-gelbe Bundesregierung verbockt hat, will die große Koalition nicht ändern. Obwohl klar ist, dass ein großer Teil der Mittel wegen der bürokratischen Vergabe nicht bei den Kindern ankommt und damit Viele ihren Anspruch auf Teilhabe nicht einfordern und einlösen können, schweigt die große Koalition dazu.

## Feinstaub: Hohe Belastung im Norden

12. Mai 2014

„Wieder einmal - ach wie überraschend - werden erhöhte Feinstaubwerte im Duisburger Norden gemeldet. Rechnet man die Quartalswerte hoch, würde Bruckhausen im Jahr 2014 mit 4 x 12 auf 48 Überschreitungen kommen. Das übersteigt die Werte aus dem Jahr 2012 (41 Überschreitungen) erheblich. Die gleiche Situation findet sich in der Kiebitzmühlenstraße in Schwelgern mit 4 x 12 = 48 Überschreitungstagen gegenüber 38 im Jahr 2012.

Acht Überschreitungen im 1. Quartal 2014 in Meiderich sind wegen der erhöhten Belastung mit kanzerogenen Schwermetallen ähnlich kritisch zu bewerten.

„Den Forderungen der Linksfraktion nach weiteren emissionsmindernden Maßnahmen durch die verursachenden Betriebe wird oft - auch aus den Belegschaften heraus - mit der Gefährdung von Arbeitsplätzen begegnet“, so Dr. Detlef Feldmann, umweltpolitischer Sprecher. „Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Nach einem Bericht der Weltgesundheitsorganisation sterben in Europa jährlich 100.000 Menschen durch Feinstaub in der Luft. Auch die toleranteste EU-Behörde kann auf die Dauer die fortwährende Überschreitung der Grenzwerte nicht dulden. Eine Möglichkeit wäre die zwangsweise Drosselung der Produktion, was das für die Arbeitsplätze bedeuten würde, kann sich jeder ausmalen.“

Dr. Feldmann: „Zu fragen ist auch, ob Maßnahmen zu Emissionsminderung immer mit hohen Kosten verbunden sein müssen. Unserer Meinung nach könnte die konsequente Beteiligung der eigentlichen Experten, der Beschäftigten vor Ort, weitere Möglichkeiten eröffnen. Im Rahmen der Duisburger Umwelttage werden wir zu einer Diskussionsrunde zu diesem Thema am 11.6.14 einladen.“ Für die Linksfraktion werden entsprechende Aktionspläne für reine Luft weiterhin ein Schwerpunkt sein.

**LINKE fordert; Schluss mit dem Loch am Marientor**

06. Mai 2014

Herbert Fürmann, planungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

Befürchtet hat die Linke das „Aus“ für das Marientor-Carree schon lange. Doch die Hoffnung stirbt zuletzt. Als der Geschäftsführer der Innenstadt Duisburg Entwicklungsgesellschaft (IDE), Dr. Oemke, im letzten Jahr das neue Konzept und den Einstieg des renommierten Bauunternehmers und Investors Ten Brinke bekanntgab, keimte noch einmal Hoffnung auf. Doch offenbar haben sowohl EuroAreal wie auch der Chef der IDE die Politik und die Öffentlichkeit getäuscht.

Jetzt, wo bekannt wurde, dass es nie eine Vereinbarung zwischen EuroAreal und Ten Brinke gegeben hat, muss gehandelt werden. Die Linke fordert: Die Stadt muss jetzt handeln! Herbert Fürmann, planungspolitischer Sprecher der Fraktion: „Es muss jetzt endlich ein Schlusstrich gezogen werden. Der Planungsdezernent sollte umgehend versuchen, aus den Verträgen mit EuroAreal herauszukommen.“

Die LINKE hat konkrete Forderungen an Carsten Tum. Fürmann: „Der unerträgliche Zustand mit der ewigen Baugrube vor der Tür muss für die Altstadthändler schnellstens ein Ende haben. Ihre Geschäfte müssen so schnell wie möglich wieder allgemein zugänglich werden. Sie haben schon lange genug unter dem Stillstand gelitten.“

Dabei wissen wir, dass der aktuelle Dezernent auch hier wieder einmal mit den Altlasten seines Vorgängers und aus CDU – Zeiten aufzuarbeiten hat.“ Ob vielleicht sogar die ganze Grube wieder geschlossen werden sollte, hängt davon ab, ob sich schnell ein neuer Investor findet. Die LINKE glaubt daran allerdings nicht. „Schon zu viele Projekte aus der „Ära Sauerland“ sind schon den Bach runter gegangen oder haben sich als Luftnummern erwiesen. Und da tritt ausgerechnet die CDU im Kommunalwahlkampf mit Plakaten gegen den vermeintlichen Stillstand in der Stadt an. Es stimmt: Duisburg kann besser! Vor allem besser als die CDU.“

**Linke Kommunalpolitiker treffen Zuwanderer aus Bulgarien**

06. Mai 2014

Zuwanderer aus Bulgarien trafen sich mit Mitgliedern der Ratsfraktion der Duisburger Linken.

Bürgermeister Erkan Kocalar und Fraktionsvorsitzende Martina Ammann-Hilberath nahmen daran teil. Die Gäste sind Gemeindemitglieder einer christlichen Gemeinde aus Bulgarien. Sie sind sehr daran interessiert, in Duisburg ein Gemeindeleben zu organisieren. Große Probleme bestehen darin, geeignete Räumlichkeiten zu finden.

Dazu meint Bürgermeister Erkan Kocalar: „Die heutigen Gespräche zeigen mir, dass die Neuzuwanderer aus Südosteuropa ein hohes Interesse an die Integration in die Stadtgesellschaft haben. Die Ausübung ihrer Religion ist auch ein Stück Heimat und hat eine zentrale Bedeutung für viele Zugewanderten. Hier können auch Erfahrungen ausgetauscht und Informationen weitergegeben werden, das ermöglicht auch den Aufbau von Selbsthilfe.“

Wir haben heute einen ersten Kontakt zu der Gemeinde in Hochfeld geknüpft. Wir werden auch in Zukunft zu weiteren Treffen mit neu zugewanderten Menschen einladen. Wir wollen mit Neuzugewanderten reden und nicht über sie.“

Nach der erfolgreichen Integrationskonferenz im Jahr 2006 „Integration durch Konsens“ fordert die Linksfraktion eine Fortsetzung im Sinne ständiger Integrationskonferenzen um MigrantInnen-Selbstorganisationen zu fördern und zu stabilisieren verbunden mit dem Ziel, die Ergebnisse in die Politik der Kommune einfließen zu lassen.

**Broschüre gegen Rechts vorgestellt****30. April 2014**

Der Duisburger Bürgermeister Erkan Kocalar eröffnete die Infoveranstaltung, die auf Einladung des Landesintegrationsrats NRW am 29.4.2014 zum Thema rechtspopulistische Wahlpropaganda im Duisburger Rathaus stattfand.

Vor den Kommunal- und Europawahlen und den Wahlen zum Integrationsrat hatte der Landesintegrationsrat die Fachhochschule Düsseldorf beauftragt, eine Infobroschüre zu erstellen, die die Aktivitäten rechter Parteien und sog. „Bürgerbewegungen“ aufzeigt. Mit Stimmungsmache gegen MigrantInnen, EU-Neuzuwanderern und Asylsuchenden gehen diese Gruppierungen auf Stimmenfang. Alexander Häusler vom Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus berichtete sehr detailliert über die Strategien der einzelnen Parteien und Gruppierungen, WählerInnen anzusprechen.

Die lesenswerte Broschüre „Gegen Rassismus und rechte Hetze stimmen“ ist ab dem 30.4.2014 auch im Internet auf der Seite des Landesintegrationsrat NRW zu finden ([www.landesintegrationsrat-nrw.de](http://www.landesintegrationsrat-nrw.de))

**LINKE – Forderung erfüllt: Radverkehrs-  
förderung soll A 59-Großbaustelle entlasten**

30. April 2014

Pünktlich zur Sperrung der A 59 hat die Stadt eine neue Radroute zwischen dem Hamborner Rathaus und der Innenstadt fertiggestellt. Neben der Verstärkung und Beschleunigung auf der Straßenbahnlinie 903 sollte nach den Vorstellungen der Stadt das zu erwartende Verkehrschaos auch durch den verstärkten Umstieg auf das Fahrrad in den Griff bekommen werden.

Dazu wurde in der letzten Sitzungsrunde auf Initiative der LINKEN ein Antrag der Ratskooperation wurde der Bezirksvertretung Hamborn und im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Verkehr ein Antrag eingebracht, in dem die Verwaltung aufgefordert wurde, für den Radverkehr zwischen Hamborn, Meiderich und der Stadtmitte eine möglichst direkte Wegeverbindung – und so weit wie möglich abseits der Hauptverkehrsstraßen herzurichten und auszuschildern. Mit Unterstützung des ADFC Duisburg wurde eine attraktive Strecke erarbeitet und blitzschnell umgesetzt.

Herbert Fürmann, verkehrspolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Viele Menschen kennen als Wegeverbindung zwischen Hamborn oder Meiderich und der Innenstadt nur die Hauptverkehrsstraßen. Und diese Straßen werden mit Sperrung der A59 noch stärker belastet. Damit werden sie für den Radverkehr noch unattraktiver und auch gefährlicher.“ In Meiderich gibt es auch noch eine Lücke im Radwegenetz und die alten Bordsteinradwege entlang der ehemaligen B 8 sind auch kaum mehr befahrbar.

Es gab für den Radverkehr schon mögliche Alternativen. Die neue Trasse in die City gab es schon weitgehend. Es mussten lediglich kleinere Hindernisse wie eine fehlende Bordsteinabsenkung beseitigt und eine kleine Einbahnstraße und ein für den Radverkehr gesperrter Bereich freigegeben werden. Da diese Schleichwege leider vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht bekannt sind, war auch eine Wegweisung wichtig.

Damit steht neben der bereits vorhandenen und ausgeschilderten Landes-Veloroute von Walsum und Marxloh über Ruhrort (auch hier wurde kürzlich auf Drängen des ADFC ein Drängelgitter beseitigt) bis zum Beginn der Großbaustelle eine weitere Strecke vom Hamborner Rathaus bzw. Neumühl über Mittelmeiderich und die Aakerfährbrücke zur Verfügung.

Nur eine attraktive Wegstrecke kann zum Umstieg auf das Fahrrad und damit eine kleine Entlastung der im Sommer sicherlich stark überlasteten Nord-Süd-Verbindung in Duisburg bewirken.

Außerdem steht die neue Strecke auch als Karte und als GPS-Track auf den Internetseiten der Stadt zur A 59 – Sperrung und auch beim ADFC Duisburg zum Download bereit. Fürmann möchte sich an dieser Stelle einmal für die schnelle Arbeit der Verwaltung bedanken.

## Würdige Ehrung für Willy Schmidt

30. April 2014

Platz vor dem Bezirksamt Süd trägt jetzt Namen eines unbeugsamen Gewerkschafters und politischen Kämpfers für Gerechtigkeit

Im Herbst letzten Jahres beschloss die Bezirksvertretung Süd auf Initiative der LINKEN und mit der Mehrheit von Rot-Rot-Grün, den Platz vor dem Bezirksamt Süd nach Willy Schmidt zu benennen. Heute war es soweit: Mit einer würdigen Feierstunde im Bezirksamt Süd und rd. 80 TeilnehmerInnen, darunter der Tochter von Willy Schmidt, weiteren Angehörigen, vielen IG Metallern, Mitgliedern der VVN, Bürgermeister Erkan Kocalar und weiteren Lokalpolitikern wurde des „Urgesteins“ der Duisburger Arbeiterbewegung gedacht. Der Stattchor Duisburg steuerte stimmungsvolle Lieder bei. Bereits 2001 war Willy Schmidt im Rathaus zu seinem 90. Geburtstag geehrt worden. Nach der Eröffnung durch Bezirksbürgermeister Dietmar Eliaß und Dieter Lieske, 1. Bevollmächtigter der IG Metall Duisburg, gedachten Jürgen Hinzer (NGG/VVN) und Peter Scherer (langjähriger Archivar beim IG Metall-Vorstand) mit ergreifenden Reden des Antifaschisten und unermüdlichen Kämpfers für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Die Redner dankten allen sehr herzlich, die sich für die Platz-Benennung eingesetzt und die Feierstunde ermöglicht hatten. Im Anschluss daran wurde vor dem Bezirksamt eine Tafel enthüllt, die den Namen Willy Schmidt trägt und markante Daten seines Lebens. Die Tafel wurde von der Ausbildungswerkstatt bei den Hüttenwerken Krupp-Mannesmann erstellt.

Willy Schmidt wurde 1911 in Duisburg-Wanheimerort in ein sozialdemokratisches Elternhaus geboren. Er lernte Buchdrucker, war schon in jungen Jahren in der sozialistischen Arbeiterjugend, in der Arbeitersport- und Kulturbewegung aktiv und in den zwanziger Jahren aktiver Funktionär im damaligen Gewerkschaftsbund ADGB. Unter dem Eindruck der klassenpolitischen Auseinandersetzungen in der Weimarer Zeit, dem großen Ruhreisenstreik, der schweren Wirtschaftskrise und der aufkommenden Nazi-Bewegung schloss er sich der KPD an. Die KPD war zu jener Zeit die stärkste politische Kraft in Duisburg. In der November-Wahl von 1932 erzielte sie 29 % der Stimmen. Nach der kampflosen Niederlage der gespaltenen Arbeiterbewegung und dem Machtantritt der Nazis leistete Willy Schmidt aktive Widerstandsarbeit in der Illegalität bis zu seiner Verhaftung am 14.03.1934. Nach drei Jahren Zuchthaus wurde er in sog. „Schutzhaft“ genommen und sein Leidensweg setzte sich fort in den KZs. Nach Lichtenburg (bei Torgau) landete er im KZ Buchenwald (bei Weimar). Doch der Terror konnte ihn nicht brechen. Willy Schmidt blieb standhaft. Als einer von über 50.000 Inhaftierten musste er Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie leisten. Für Willy Schmidt ist Buchenwald geschichtlich und persönlich untrennbar damit verbunden, dass es den politischen Häftlingen gelang, nicht nur eine politische Organisation – das Internationale Lagerkomitee – aufzubauen, sondern auch eine Militärorganisation, die schließlich am 11.04.1945 ihren Beitrag zur Selbstbefreiung der Häftlinge des KZ Buchenwald leisten konnte. Bis dahin hatten die Nazis über 60.000 Menschen in dem Lager umgebracht.

Die Zeit nach dem Nazi-Reich sah Willy Schmidt erneut als aktiven Gewerkschafter und Kommunisten der ersten Stunde. Er wurde Jugend-Sekretär der IG Metall Duisburg, nahm am Gründungskongress des DGB in der britischen Zone teil. Im Zuge der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung und angesichts des zunehmenden Kalte-Kriegs-Klimas entschloss sich Willy Schmidt Mitte 1952 dazu, wieder der SPD beizutreten. Willy Schmidt hatte aktiven Anteil an den großen Mobilisierungen um ein fortschrittliches Betriebsverfassungsgesetz. Ab 1958 ging er zum Vorstand der IG Metall nach Frankfurt als Mitarbeiter der Abteilung Betriebsräte/Vertrauensleute, wo er die gewerkschaftliche Arbeit mit Zeitgenossen wie Willi Bleicher und Georg Benz oder Jakob Moneta nachhaltig mitprägte. Am 31.01.1977 schied Willy Schmidt aus dem Dienst der IG Metall aus. Unvergessen bleibt auch sein langjähriges Engagement für die „Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora“, die ihn auch auf viele Auslandsreisen führte sowie die Herausgabe der Publikation „Glocke vom Ettersberg“. Sein Lebenswerk hat die würdige Ehrung mehr als verdient.

## **Links wirkt – Kulturausschuss für ein sozio-kulturelles Zentrum**

01. April 2014

Der Kulturausschuss der Stadt Duisburg hat bei seiner Sitzung am 18.3.2014 auf Initiative der Linken und mit den Stimmen der rot-rot-grünen Ausschussmehrheit einen Antrag zur Unterstützung eines sozio-kulturellen Zentrums in Duisburg beschlossen. Die Gespräche mit den Initiativen sollen vertieft und eventuell vorhandene Hindernisse unbürokratisch aus dem Weg geräumt werden.

Die Einrichtung eines selbständigen sozio-kulturellen Zentrum würde sowohl die Vielfalt der Kulturangebote bereichern, als auch Leerstände in geeigneten städtischen Räumlichkeiten beenden, heißt es weiter in dem Antrag.

Die Mitgliederversammlung der LINKEN Duisburg hatte Fraktion und Partei im September 2013 beauftragt, die Forderung nach einem derartigen Zentrum zu einem zentralen politischen Thema zu machen. „Der Antrag ist ein Musterbeispiel für das Zusammenspiel von außerparlamentarischen Initiativen und politischer Gremienarbeit“, so Fraktionsvorsitzende Martina Ammann-Hilberath.

„Die Errichtung eines solchen Zentrums in Duisburg ist längst überfällig. Das ist eine Win-Win-Win-Situation, die Stadt spart Kosten für die Sicherung leer stehender Gebäude, die Nachbarn sind froh über die Nutzung und damit Kontrolle, und Initiativen finden eine Heimat,“ sagt die kulturpolitische Sprecherin der Ratsfraktion, Barbara Laakmann. „Jetzt heißt es dran bleiben und kontrollieren, ob den Worten Taten folgen. Jetzt ist die Verwaltung gefordert, dem Wunsch nach einem sozio-kulturellen Zentrum nachzukommen.“

DIE LINKE sieht sich weiter an der Seite der Initiativen und wird diese weiter unterstützen“, so Ammann-Hilberath. Die Forderung nach der Realisierung eines sozio-kulturellen Zentrum bleibt auch in der kommenden Wahlperiode ein Schwerpunkt der Duisburger Linken.

## **Für eine lückenlose Aufklärung der Situation bei der DMG**

19. März 2014

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Martina Ammann-Hilberath, nimmt zu den öffentlich bekanntgewordenen Vorgängen bei der Duisburg Marketing (DMG) und zu Recherchen des Rechnungsprüfungsamts wie folgt Stellung:

„Offenbar herrschen bei der DMG für die MitarbeiterInnen Verhältnisse wie im vorletzten Jahrhundert. Mit gesetzlichen und tariflichen Arbeitszeitregelungen wird willkürlich verfahren. Überstunden werden von der Betriebsleitung selbstherrlich und dauerhaft angeordnet und bezahlt. Zulagen ebenfalls nach Gutdünken der Geschäftsführung gewährt. Ein zweiter Dienstwagen ist scheinbar ohne jede Genehmigung im Einsatz. Der Aufsichtsrat wurde über die Situation nicht informiert.“

Die Ratsfraktion der LINKEN fordert eine sofortige lückenlose Aufklärung der Verhältnisse bei der DMG und der Einhaltung der arbeits- und sozialrechtlichen Vorschriften.

Ammann – Hilberath: „Wir begrüßen, dass das Rechnungsprüfungsamt die Zustände unter bei der DMG unter die Lupe nimmt. Sollten sich die Meldungen bestätigen, müssen daraus Konsequenzen gezogen werden. Für die MitarbeiterInnen ist eine betriebliche Interessenvertretung dringend notwendig. Beschäftigte sind im 21. Jahrhundert keine Leibeigenen mehr, sondern haben Rechte, die sie auch vor der Willkür von Vorgesetzten schützt.“



## **Linksfraktion stimmt Stadion-Lösung zu, beurteilt Erfolgsaussichten aber skeptisch**

17. Februar 2014

Der erweiterte Fraktionsvorstand der LINKEN ist am 13.02.14 nach intensiver Diskussion einmütig zu dem Schluss gekommen, dem vorgeschlagenen Erwerb von weiteren 16,8 % an der Stadion-Projekt GmbH durch die Stadt bzw. ihre Töchter WBD und DVV/octeo zuzustimmen.

Vorausgegangen waren tagelange Recherchen und Gespräche, u.a. auch mit den Kooperationspartnern SPD und Grünen, nachdem die Ratsdrucksache leider erst am Montag vergangener Woche bekannt geworden war.

Zu der Fraktionsvorstandssitzung war auch der Stadtkämmerer, Dr. Langner, eingeladen worden, mit dem das komplexe Thema intensiv erörtert wurde. Martina Ammann, Fraktionsvorsitzende: „Wir stimmen dem Lösungsversuch zähneknirschend zu, weil wir das Risiko für Duisburg für überschaubar halten und das Land nicht im Stich lassen wollen, dass mit seiner 18-Mio.-Bürgschaft für den Stadionbau ebenfalls an einer Schadensbegrenzung interessiert ist.

Wir erwarten einen durchgehenden Schuldenschnitt bei allen beteiligten Akteuren, auch der Banken. Für uns steht ein entsprechender Ratsbeschluss ganz klar unter dem Vorbehalt, dass die zahlreichen Bedingungen eingehalten werden. Dazu zählt des Weiteren auch ein wirksamer Sanierungsplan für den Profibereich des MSV und eine Lösung für seine bis jetzt aufgehäuften aktuellen Schulden. Scheitert der Lösungsversuch jetzt bereits an der Stadt, ist die Insolvenz der Stadiongeseellschaft unvermeidlich mit schwerwiegenden Folgen für die öffentliche Hand. Das wäre nicht zu verantworten.“

Fraktions-Vize Hermann Dierkes: „Wir beurteilen die Erfolgsaussichten skeptisch, wollen aber Chancen für eine Lösung nicht verbauen. Ohnehin droht die Gefahr, dass das Stadion bei einer Insolvenz der Stadt vor die Füße fällt, weil es via Erbpacht auf öffentlichem Grund und Boden steht. 400.00 € Unterhalts- und Sicherungskosten wären die zwangsläufige Folge. Eine Vermarktung ist ja kaum möglich, weil es nur für Profifußball ausgelegt ist. Notwendig ist jetzt auch eine Debatte über das Verhältnis von Profisport und öffentlichen Geldern.

Dass sich das Land NRW über Jahre 320 Mio. € an Bürgschaften für überzogene Stadionbauten auch andernorts aufgeladen hat, darf nie wieder passieren. Der Profisport hat ja etwas von einer Lotterie. Darin haben Steuergelder und öffentliche Beteiligungen im Grunde nichts zu suchen.“

**Duisburg-Pass wieder eingeführt: Linksfraktion freut sich**

04. Februar 2014

Die Ratsfraktion DIE LINKE ist hoch erfreut über die Wiedereinführung des Duisburg-Passes. Nachdem jahrelang Menschen mit niedrigem Einkommen ihre Leistungsbescheide z.B. des jobcenters vorlegen mussten, konnte der politische Weg im letzten Jahr für den Pass geebnet werden. Thomas Keuer, sozialpolitischer Sprecher der Linksfraktion: „Wir wollten die diskriminierende Praxis abschaffen.“

Das soll aber nicht das Ende des neuen Weges sein. Die Linksfraktion sieht durchaus noch Spielraum für weitere Vergünstigungen im Rahmen des Duisburg-Passes. Viele Menschen können nicht mehr am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Kinder trifft diese Armut besonders hart. „Der Duisburg-Pass ist ein kleiner Ausweg aus dieser Situation“, so Thomas Keuer. „Ein großes Problem bleibt bestehen, das ist die eingeschränkte Mobilität der Menschen mit geringem Einkommen. Zuständig ist die Landesregierung NRW. Ihre Initiative, ein Sozialticket in Höhe von 29,90 Euro einzuführen, hilft nur wenigen. Viele können sich solche Preise überhaupt nicht leisten. Im Regelsatz von Hartz-IV-EmpfängerInnen ist für Mobilität gerade mal 15,—Euro vorgesehen. Ein Sozialticket muss sich daran orientieren. Hier bleibt die Landesregierung in der Verantwortung.“

Der Erfolg des Duisburg-Passes wird nicht nur davon abhängen, welche weiteren Vergünstigungen es noch geben kann, sondern vor allem, dass er von der Duisburger Bevölkerung angenommen wird.

**Nachhaltige Einwanderungspolitik ermöglichen**

27. Januar 2014

Die Zuwanderung aus Südosteuropa steht derzeit im Fokus der politischen Debatten regierender Parteien und der medialen Aufmerksamkeit. Geredet wird über gesteuerte „Armutszuwanderung“. Dabei handelt es sich um Menschen, die aufgrund ihrer prekären wirtschaftlichen und sozialen Lage aber auch vor Diskriminierung und offene rassistische Gewalt nach Deutschland kommen. Sie wollen ihre Chancen als EU-Bürgerinnen wahrnehmen und hoffen auf ein besseres Leben.

Die Fraktion DIE LINKE in Duisburg verurteilt die politischen Entgleisungen führender Politiker der regierenden Parteien auf bundes- aber auch auf örtlicher Ebene.

„Duisburg sowie das gesamte Ruhrgebiet ist durch Einwanderung groß geworden“, so Bürgermeister Erkan Kocalar, integrations- und migrationspolitischer Sprecher der Linksfraktion.

„An dieser Einwanderung waren maßgeblich „Armutsfüchtlinge“ beteiligt. Das Ziel war immer das gleiche, sich und ihren Familien eine Zukunft zu sichern. Eigentlich könnte man erwarten, dass die vertrauten Erfahrungen aus der langen Einwanderungsgeschichte des Ruhrgebietes längst in eine nachhaltige Einwanderungspolitik geflossen wären. Stattdessen werden EinwanderInnen in „Nützliche“ und „Unnütze“ sortiert, was nicht nur menschenverachtend ist sondern auch den Rassismus in der Bevölkerung schürt.

Wir brauchen einen offenen Umgang, eine Willkommenskultur in Duisburg und anderswo. Wir brauchen aber auch finanzielle Unterstützung von Land, Bund und EU zur sozialen, gesundheitlichen und beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten. Der Schulbesuch aller Kinder und Jugendlicher muss genauso sichergestellt werden wie ein menschenwürdiges Wohnen. So verstehen wir den Anspruch, eine Stadt für Alle zu sein.

**Familienplanung muss für alle bezahlbar sein**

16. Januar 2014

Im Dezember 2013 schlossen sich Vertreterinnen von Wohlfahrtsverbänden, Pro Familia und dem Hebammenverband in Schleswig-Holstein zur „Kieler Erklärung“ zusammen. Darin werden Landes- und Bundespolitiker aufgefordert, eine bundeseinheitliche Lösung zur Kostenübernahme ärztlich verordneter Verhütungsmittel für Männer und Frauen mit geringem Einkommen zu finden. Die Initiative sammelt hierfür zurzeit bundesweit Unterschriften.

Seit 2004 gibt es für Betroffene nicht mehr die Möglichkeit, einen Antrag auf Kostenübernahme zu stellen. 2006 bestätigte eine Studie die Tendenz, dass Menschen mit Niedrigeinkommen sicher verhüten wollen. In finanziell prekären Situationen aber greifen sie auf billigere und unsichere Verhütungsmethoden zurück.

Verhütung ist derzeit in Deutschland vom sozialen Status abhängig. Betroffen sind besonders Frauen in Ausbildung, Studierende, Arbeitslose und Wohngeldempfängerinnen. Frauen- und Wohlfahrtsverbände haben bereits mehrfach an die Politik appelliert.

Die Ratsfraktion der Duisburger LINKEN unterstützt die Unterschriftenaktion und sieht auch für unsere Stadt einen hohen Handlungsbedarf.

Fraktionsvorsitzende Martina Ammann-Hilberath sagt dazu: „ Die Summe von 16,43 € im Regelsatz für Hartz-IV-Betroffene für Rezeptgebühren, Medikamente und Verhütungsmittel reicht nicht aus. Wir würden uns wünschen, dass die Stadt Duisburg in der Lage wäre wie z.B. der Kreis Diepholz, die Kosten für Verhütungsmittel für Menschen mit Niedrigeinkommen zu erstatten.

Aufgrund der Haushaltslage ist dies derzeit nicht realisierbar. Hierfür wäre gerade für Kommunen wie Duisburg eine bundeseinheitliche Lösung hilfreich. Die Kostenübernahme ärztlich verordneter Verhütungsmittel für Geringverdienerinnen ist eine notwendige sozialpolitische Maßnahme.“

**Reiches Land - Arme Kinder**

10. Januar 2014

Die aktuelle Studie zur Kinderarmut des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung zeigt, dass in NRW beinahe jedes vierte Kind in Armut lebt. Auch in Duisburg steigt die Kinderarmut. In einzelnen Stadtteilen ist mehr als ein Drittel der dort lebenden Kinder betroffen. Hierzu nimmt die Fraktionsvorsitzende der Duisburger Ratsfraktion der Linken Martina Ammann-Hilberath Stellung:

„Wie schon der Duisburger Sozialbericht 2012 dokumentierte, steigt das Armutsrisiko für Familien mit Kindern. Immer mehr Eltern arbeiten in prekären Arbeitsverhältnissen und im Niedriglohnbereich. Sie haben mit Zeitarbeit, Leiharbeit und Minijobs keine wirtschaftliche Basis mehr, um ein planbares Familienbudget zu organisieren.“

Wie der Präsident des Kinderschutzbundes fordert auch die DIE LINKE eine Kindergrundsicherung, die sich am verfassungsrechtlichen Existenzminimum orientiert. Dies liegt derzeit bei 536 Euro.

„Ohne eine solche Existenzsicherung ist der Kampf der Kommunen gegen Kinderarmut aussichtslos. Kinderarmut ist nicht nur die materielle Notlage in den Familien, sondern auch die fehlende Beteiligung am sozialen und gesellschaftlichen Leben in der Stadt. Hier müssen die Kommunen aktiv werden. Dazu brauchen sie dringend die finanzielle Unterstützung von Land und Bund.

Duisburg hat einen hohen Bedarf an Projekten im Bereich der Integration, der Bildungsangebote und der Gesundheitsförderung. Eine solche Förderung halten wir sowohl für die Betroffenen als auch für die Kommune für eine Investition in die Zukunft. Familien haben ein Recht darauf, dass sie ohne wirtschaftliche Existenzangst in Duisburg leben und ihren Kindern Teilnahme an Kultur- Bildungs- und Sportangeboten bieten können.“